

WGD – Das Wasser Geht Dahin!



1944 war er Löschteich und überlebte die entsetzliche Brandnacht, der Woog. Aber wird er auch das Stückwerk grüner Wasserpolitik überleben?

Es sieht nicht gut um ihn aus; denn um den Wasserhaushalt der Region steht es im Allgemeinen

schlecht. Sehr schlecht! Und das meiste davon ist eine Folge dysfunktionaler grüner Politik.

Man staune: Da gibt es einen Wasserverband Hessisches Ried (WHR), dem als öffentlichem Zweckverband die Schonung und Sicherung der Wasserreserven der Region anvertraut wurden. Und da gibt es die Hessenwasser GmbH & Co KG, die einfach nur Grundwasser abpumpen und in die Region verkaufen will. Wie gehen die Grünen mit diesem Interessenskonflikt um? Indem sie den gemeinnützigen Wasserverband in Betrieb, Geschäftsführung und Vorsitz im Vorstand einfach der gewinnorientierten Hessenwasser unterstellen und auf diese Weise gefügig machen. Wird hier nicht der „Bock zum Gärtner“ gemacht? Eher wie net!

Mehr noch: Nach § 50 Abs. 2 WHG ist der Wasserbedarf vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken. Aber die Grünen sorgen dafür, dass Darmstädter Wasser hauptsächlich an die Main-Metropole Frankfurt geliefert wird. Und es geht noch schlimmer: die Regierungspräsidentin (Grüne) vergibt Wasserentnahmerechte nach Gutsherrnart ohne die gebotene Prüfung von Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit oder die geforderte Beweissicherung vor Förderbeginn; sie ignoriert illegale Wasserentnahmen, bewilligt obenrein noch bis 2045 – von der Klimakatastrophe völlig unbeeindruckt – gesteigerte Wasserentnahmen; sie lehnt sogar die Erstellung eines notwendigen geologisch-hydrologischen Gutachtens dreist ab. Und Darmstadts Oberbürgermeister (Grüne), der über seinen Aufsichtsratsposten bei der Hessenwasser

Einspruch erheben könnte, schaut beflissen weg. Wenn Gleichgültigkeit eine Farbe hätte, dann ist sie in Darmstadt grün. Eher wie net!

Mit der Erteilung von Wasserrechten verstößt die grüne Regierungspräsidentin systematisch und beharrlich gegen das Nachhaltigkeitsprinzip und das EU-Recht. Dass dabei rund 11.000 ha z.T. europarechtlich geschützter Wald geschädigt oder in Teilen schon zerstört werden, lässt sie dabei völlig kalt. Soll doch der Darmstädter Wald ruhig dahin gehen; der Heiner nimmt's ja auch dahin! Und Bauland ist knapp in der Region.

Kein Wunder, dass der Grundwasserspiegel in und um Darmstadt kontinuierlich sinkt. Man versucht das zu kompensieren, indem aufbereitetes Rheinwasser in Brunnennähe in den Boden gepresst (infiltriert) wird. Aber ein stark schwankender Grundwasserspiegel verrät, dass der gewünschte Ausgleich über Infiltration weiter oben kaum wirkt. Außerdem befinden sich im Rheinwasser etwa 20.000 nicht natürliche chemische Verbindungen, wovon 98% analytisch nicht identifizierbar sind. Das bringt die Gefahr mit sich, dass nicht oder schwer analysierbare Sulfonate, Spurenstoffe, Medikamentenderivate und Hormone ins Grundwasser gelangen. Auf diese Weise steht langfristig die Qualität des Trinkwassers auf dem Spiel. Unter Toxikologen werden derzeit schon Reproduktionsstörungen durch Östrogene im Wasser thematisiert.

Wenn diesem menschenverursachten Wassernotstand ein durch Menschen geschädigtes Klima ein paar Trockenjahre aufsetzt, bedeutet das für stark geschädigte Wälder den Todesstoß. Für die Verantwortlichen spielt das Klima jetzt (wie der RP-Präsidentin) die Rolle eines willkommenen Sündenbocks, den man nutzt, um von eigenem Politikversagen abzulenken. Gegen die Klimakatastrophe kann man ja schließlich für sich allein nichts machen!

Genug der Schelte für Politiker! Sie wollen's oder schaffen's einfach nicht! Was aber kann das Stadtparlament, was kann die WGD mit begrenzten Kapazitäten und Kompetenzen für die Gewässerökologie in der Region konkretes tun?

Als erstes wohl Appelle: Hier wendet sich WGD in erster Linie an die Politik im Hessischen Landtag. Die WGD befürwortet eine Petition zur Einrichtung einer Enquête-Kommission „Wasser für die Region Starkenburg“. Diese sollte



zunächst eine Bestandsaufnahme von Abläufen, Informationssträngen, Standards, funktionellen und institutionellen Zuweisungen von Verantwortlichkeiten sowie der Lenkungsstruktur für die gesamte Wasserwirtschaft vornehmen und Vorschläge zur ihrer Optimierung entwickeln. Über die bestehenden gesetzlichen Normen hinaus geht es insbesondere auch um den Klimaschutz. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) bietet dazu einen *verpflichtenden, ganzheitlichen* Ansatz für die Bewirtschaftung von Gewässern, der *ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele gleichermaßen* einbezieht.

Und für die Region gibt es dazu bereits Vorarbeiten: Das „Leitbild für ein Integriertes Wasserressourcen-Management“ aus dem Jahr 2019. Jetzt kommt alles darauf an, dass die guten Ansätze darin nicht nur Worthülsen bleiben. Aber wie wollen die Grünen das nach all dem bisherigen Versagen denn schaffen?

Dazu müssen die WGD und die Öffentlichkeit an die Akteure auf Landesebene und die privaten Betreiber wie die Hessenwasser appellieren, ihrer regionalen Verantwortung und den bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen sowie der planerischen wasser- und naturschutzrechtlichen Gesamtverantwortung nachzukommen, bevor sie ihre Pläne zu weiterer Erhöhung von Förderquoten umsetzen. Dieser Appell richtet sich insbesondere an die politischen Kontrollorgane, die fast ausnahmslos Grün besetzt sind – also die Ministerin, die Regierungspräsidentin und den Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt. Hier müssen schwerwiegende Versäumnisse aufgearbeitet werden, so etwa die seit 14 Jahren gebotene Fortschreibung und Ergänzung des Grundwasserbewirtschaftungsplans, auch die noch fehlenden „flankierenden Maßnahmen“ wie das Umwelt-Monitoring und die öffentliche Dokumentation. Hessen ist leider noch weit davon entfernt, die Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie auch nur annähernd zu erreichen, obwohl die nationale Gesetzgebung die erforderlichen Voraussetzungen bereitgestellt hat.

Die WGD und das Stadtparlament werden dazu Unterstützung brauchen, etwa durch Wissenschaftliche Gutachten, aber auch durch die Rechtsprechung. Die Schäden im Westwald gehen in die Millionen, aber der Magistrat scheut sich, berechnete Schadenersatzansprüche zu stellen. Soll ihm die kleine WGD diese wichtig Aufgabe abnehmen müssen? Eher wohl net!

So ist die WGD in erster Linie darauf angewiesen, die Öffentlichkeit für die Mängel der hessischen Wasserpolitik zu sensibilisieren. Das ist bei dem komplexen Thema nicht einfach. Wer weiß schon, dass Darmstadts Landgraben das am stärksten belastete Gewässer in ganz Hessen ist? Dass geklärtes Abwasser durch eine vierte Reinigungsstufe zur Infiltration und Brauchwassernutzung erüchtigt werden könnte? Dass die Stadt keine Wassersparkonzepte entwickelt und umsetzt? So könnte man ein zweites Wassernetz neben dem Trinkwassernetz schaffen, gedacht für sogenanntes „Grau- oder Brauchwasser“ etwa zur Toilettenspülung (30% des Trinkwassers) oder die Gartenbewässerung. Weitere Möglichkeiten bestehen in einer verbesserten Nutzung von Regenwasser durch Zisternen. Beides könnte durch Bebauungspläne und Bauauflagen zumindest für Neubauten und durch Fördermaßnahmen für Bestandsbauten erzielt werden. Aber in den Darmstädter Bebauungsplänen sucht man vergeblich nach zukunftsfähigen, nachhaltigen und umweltgerechten Wassereinsparungskonzepten. Das gesetzliche Gebot Wasser zu sparen wird in Darmstadt durch eine exzessive Siedlungspolitik sogar konterkariert.

Freilich muss der Darmstädter Bürger auch die Gewissheit haben, dass nicht geringerer Verbrauch vor Ort zu einem stärkeren Export von Wasser in andere Regionen führt, damit es uns nicht wie dem Vogelsbergkreis geht, dem in heißen Sommern das Wasser ausgeht, damit Frankfurt versorgt werden kann.

Vielleicht eignen sich zur Sicherung des Wassers auch Rückhaltebecken für Regenwasser in naturbelassenen Flächen. Man sollte sich klar sein, dass alle 50 Seen und Teiche in der Gemarkung Darmstadt ihre Entstehung dem Menschen verdanken. Das könnte etwa die gestreckte Nutzung von lokalem Sickerwasser bedeuten, aber auch mikroklimatisch von Vorteil sein. Vielleicht brauchen wir solche Becken wieder einmal als Löschteiche, falls uns der Klimawandel, besonders im Westwald, irgendwann verheerende Brände aufzwingen sollte.

Wasser schützen und bewahren – WGD wählen! Eher wie net!

V.i.S.d.P.: Der Vorstand der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) e.V.
Frankfurter Landstraße 242, 64291 Darmstadt; <http://wgd-darmstadt.de>

